

Postadresse:
Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude
5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
E-Mail regierungsrat@ag.ch

Bundesamt für Migration
Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Aarau, 20. November 2013

Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Gäumann
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden am 28. August 2013 zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren bezüglich der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien eingeladen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Der Regierungsrat des Kantons Aargau befürwortet sowohl die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien im Allgemeinen als auch das Verhandlungsergebnis im Besonderen. Die Ausdehnung des Abkommens stellt einen logischen weiteren Schritt im Rahmen der erfolgreichen bilateralen Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union dar und fügt sich inhaltlich nahtlos in das bestehende, bereits früher auf jüngere EU-Beitrittsstaaten ausgedehnte Freizügigkeitssystem ein.

Die von der Schweiz im Protokoll III ausgehandelten Bedingungen werden als ausgewogen und ergebnisorientiert erachtet. Dank der neuen Regelung in Bezug auf die Ventilklausel soll künftig im Bedarfsfall eine gewisse Steuerung der Gesamtzuwanderung möglich sein, da die gleichzeitige Kontingentierung von Kurz- und Daueraufenthaltsbewilligungen eine Verlagerung zwischen den beiden Bewilligungskategorien verunmöglicht. Angesichts der im Gegenzug Kroatien zugestandenen höheren Kontingentsanzahl dürften die effektiven Steuerungsmöglichkeiten der Ventilklausel jedoch weiterhin gering ausfallen. Die Verbesserung in Be-

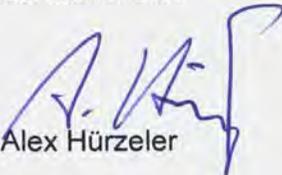
zug auf die Ventilklausel ist neben der Beibehaltung der üblichen arbeitsmarktlichen Kriterien zu begrüssen.

Wir bitten den Bundesrat, diesem Aspekt im Rahmen der Informationsvermittlung an die Bevölkerung dadurch angemessen Rechnung zu tragen, dass bezüglich Schutzmassnahmen der Fokus auf die wirkungsvollere arbeitsmarktliche Prüfung und Kontingentierung während der ersten Übergangsjahre gelegt wird. Danach ist grundsätzlich vom Prinzip der vollen Personenfreizügigkeit auszugehen, denn selbst bei Anrufung der Ventilklausel würden die Beschränkungen vergleichsweise kurz und wie erwähnt in verhältnismässig geringem Ausmass greifen.

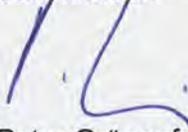
Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Frau Gäumann, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:


Alex Hürzeler

Staatsschreiber:


Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

- kathrin.gaeumann@bfm.admin.ch
- Departement Volkswirtschaft und Inneres
- Amt für Migration und Integration Kanton Aargau DVI



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Migration
Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. November 2013 / RS

Eidg. Vernehmlassung; Protokoll III zum Abkommen über den freien Personenverkehr; Ausdehnung des Abkommens vom 21. Juni 1999 über den freien Personenverkehr (FZA) auf Kroatien; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Frau Gäumann

Mit Schreiben vom 28. August 2013 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Sicherheitsdepartement eingeladen, sich zur eingangs erwähnten Vorlage bis zum 28. November 2013 vernehmen zu lassen.

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden unterstützt die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien vorbehaltlos. Sie ist eine logische Konsequenz des Abkommens mit der EU über die Freizügigkeit. Die Übergangsfristen sind vergleichbar mit den früher mit anderen osteuropäischen Staaten vereinbarten Bedingungen. Bei der Ventilklausel wird die Umgehung von B- zu L-Bewilligung verhindert, was eine Verbesserung darstellt. Der Kohäsionsbeitrag orientiert sich an der Höhe früherer Beiträge, er ist deshalb in relativer Betrachtung nicht höher als die früheren Beiträge. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf das neue EU-Mitglied Kroatien ist eine Voraussetzung für die Weiterführung des bewährten bilateralen Wegs. Dieser sichert der Schweiz den Marktzugang für mehr als die Hälfte der schweizerischen Exporte.

Auch aus Sicht des Arbeitsmarktes ist die Erweiterung des FZA auf Kroatien unproblematisch. Wesentlich mehr als die Ausdehnung des FZA auf Kroatien wird die vollständige Öffnung des Arbeitsmarktes für Dienstleistungserbringer aus Rumänien und Bulgarien auf den 1. Juni 2016 den Vollzug tangieren. Denn Rumänien und Bulgarien verfügen zusammen über 29.0 Millionen Einwohner, während Kroatien nur 4.4 Millionen Einwohner aufweist. Im Vergleich zur ganzen EU mit 507 Millionen Einwohnern liegt die Grösse Kroatiens sogar im marginalen Bereich. Durch die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien ändert sich an den gesetzlichen Bestimmungen für den Vollzug durch das Arbeitsinspektorat im Grundsatz nichts. Jedoch zeigt sich schon heute, dass die Verständigungsschwierigkeiten bei den Kontrollen laufend zunehmen, was sich auch auf den Zeitaufwand niederschlägt. Wollte man Dolmetscher beiziehen, müsste deren Verfügbarkeit verbessert und die Kontrollzahlen verkleinert werden, weil sich der Zeitaufwand damit pro Kontrolle für das Kontrollorgan stark erhöht. Es sind daher aus Sicht der Kantone zusätzliche finanzielle Abgeltungen vom Bund



für den zunehmenden Einsatz von Dolmetschern oder Übersetzungsdiensten zu fordern. Zudem sind allfällige Forderungen des Bundes, im Rahmen der flankierenden Massnahmen die Leistungsvereinbarung bezüglich der Anzahl Kontrollen nach oben anzupassen, um die Bevölkerung zu beruhigen, abzulehnen.

Im Hinblick auf ein allfälliges Referendum wird schliesslich auf die Wichtigkeit einer sachlichen und umfassenden Information der Bevölkerung durch die Behörden hingewiesen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Frau
Kathrin Gäumann
Bundesamt für Migration BFM
Quellenweg 6
3003 Bern

13. November 2013

RRB-Nr.: 1504/2013
Direktion Volkswirtschaftsdirektion
Unser Zeichen KB
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien.
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien.

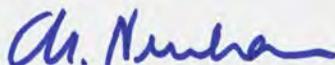
Der Regierungsrat unterstützt die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien. Vor dem Hintergrund der anstehenden Volksabstimmungen muss der Bevölkerung glaubwürdig aufgezeigt werden können, dass die Vorteile der Personenfreizügigkeit deren Nachteile klar überwiegen. Dazu braucht es griffige flankierende Massnahmen und eine wirksame Arbeitsmarktaufsicht, um systematisches Lohndumping oder eine Aushöhlung des Arbeitnehmerschutzes zu verhindern. Wir bitten Sie deshalb, die weitere Verstärkung der flankierenden Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt sowie neue flankierende Massnahmen auf dem Wohnungsmarkt zu prüfen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seines Anliegens.

Freundliche Grüsse

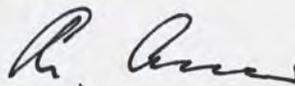
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Dr. Christoph Auer

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Staatskanzlei, Dienst für Aussenbeziehungen

From: Boner, Diana LKA
To: Gäumann Kathrin BFM
Sent at: 26.11.2013 16:31:45
Subject: Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien; Stellungnahme Kanton BL

Sehr geehrte Frau Gäumann

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft senden wir Ihnen, im Anhang, oben genannte Stellungnahme zu.

Das Schreiben wird Ihnen auch noch schriftlich zugestellt.

Freundliche Grüsse

Diana Boner Sagaria

Assistenz der Landschreiber / Standesweibelin

Landeskanzlei
Kanton Basel-Landschaft
Rathausstrasse 2

CH-4410 Liestal

Tel.: +41 61 552 50 31

Fax: +41 61 552 69 65

E-Mail: diana.boner@bl.ch <<mailto:diana.boner@bl.ch>>

www.baselland.ch <<http://www.baselland.ch/>>



LIESTAL, 26. November 2013

DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

An das
Bundesamt für Migration

Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. August 2013 hat uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD eingeladen, eine Stellungnahme zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien abzugeben. Es hat uns gebeten, diese Stellungnahme dem Bundesamt für Migration bis zum 28. November 2013 einzureichen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die bisherigen Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz sind durchaus positiv. Gesamthaft betrachtet profitiert die Schweizer Wirtschaft bei ihrer Geschäftstätigkeit von den dadurch geschaffenen Erleichterungen. Zwar gibt es punktuelle Probleme in einzelnen Branchen. Doch die flankierenden Massnahmen greifen gut. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien können die wirtschaftlichen Interessen gegenüber allen bisherigen Staaten der EU gewahrt und eventuell neue Geschäftsfelder in Kroatien gefunden werden. Deshalb unterstützen wir die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien.

Das Resultat der Verhandlungen mit der EU über angemessene Übergangsbestimmungen ist insgesamt erfreulich. Wir begrüessen insbesondere die Aufnahme einer Ventilklausel und auch deren Formulierung, wonach bei deren Anrufung Kontingente für alle Bewilligungskategorien festgesetzt werden können. Damit können Umgehungseffekte verhindert werden. Nicht ganz zufriedenstellend sind die vereinbarten Übergangsfristen. Die grundsätzlich mögliche Verlängerung dieser Fristen kann die Schweiz nicht einseitig erwirken.

Dem übrigen Inhalt des Protokolls III können wir ohne weitere Bemerkungen zustimmen.

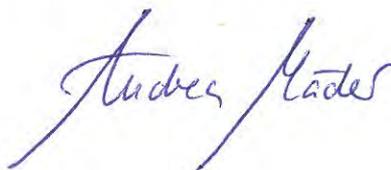
Wir hoffen, Ihnen mit unserer Stellungnahme dienen zu können.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Der Präsident:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Im Namen des Rates'.

Die 2. Landschreiberin:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andrea Kader'.



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Migration
Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Basel, 20. November 2013

Regierungsratsbeschluss vom 19. November 2013

Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Frau Gäumann
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Der Regierungsrat begrüsst die Ausdehnung des Abkommens mit der EU über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 auf den neuen Mitgliedstaat Kroatien. Er ist erfreut darüber, dass in relativ kurzer Zeit ein Verhandlungsergebnis (Protokoll III) erzielt werden konnte, das sich im Wesentlichen an den Übergangsfristen in den Protokollen I und II orientiert. Die siebenjährige Übergangsfrist ermöglicht es der Schweiz, ihren Arbeitsmarkt in Etappen zu öffnen. Dass nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsfrist die Kontingente, der Inländervorrang und die Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur noch mit Zustimmung des Gemischten Ausschusses weitergeführt werden können, stellt eine gewisse Einschränkung gegenüber den früheren bzw. den noch gegenüber den Staatsangehörigen aus den EU-2 geltenden Regelungen dar. Im Fall von erhöhter Zuwanderung kann die Schweiz jedoch für weitere fünf Jahre die Ventilklausel anrufen und damit die Zuwanderung steuern. Zudem wurden die Kontingente für die Jahre fünf, sechs und sieben deutlich erhöht. Auch wenn der Kanton Basel-Stadt dieser Erhöhung grundsätzlich positiv gegenüber steht, erachtet er es als äusserst wichtig, dass die Erhöhung der Kontingente keine negativen Effekte auf die Zulassung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten hat. Die Region Basel hat nach wie vor einen hohen Bedarf an Fachkräften aus Drittstaaten. Die Standortattraktivität des Forschungsstandortes Basel und damit auch der Schweiz muss erhalten und gefördert werden. Es müssen weiterhin genügend Aufenthaltsbewilligungen für hochspezialisierte Drittstaatsangehörige zur Verfügung stehen.

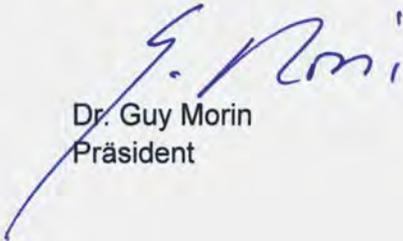
Die von der Schweiz gemachten Zugeständnissen werden als sinnvoll erachtet, konnten damit doch auch Vertragsverbesserungen für die Schweiz erreicht werden. So wird künftig die Schutzklausel für Kurz- und Langzeitaufenthaltsbewilligungen gleichzeitig angewendet und es entfällt damit die störende und oft kritisierte Verlagerung von einer auf die andere Kategorie. Auch die Änderung der Berechnung der Kontingente ist positiv zu werten, wurde die Berechnungsweise durch die Schweiz im Gemischten Ausschuss regelmässig von der EU-Delegation beanstandet.

Die in den Bereichen 'Soziale Sicherheit' und 'Anerkennung der Diplome und berufliche Qualifikationen' ausgehandelten Ergebnisse werden ebenfalls begrüsst.

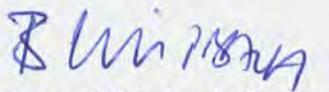
Abschliessend ist daher festzuhalten, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt das erzielte Verhandlungsergebnis vollumfänglich unterstützt. Er ist wiederum bereit, den Bund bei einem allfälligen Referendum über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu unterstützen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR



Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Office fédéral des migrations
Madame
Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Berne

Par mail à : kathrin.gaeumann@bfm.admin.ch

Fribourg, le 5 novembre 2013

Croatie - Protocole III relatif à l'extension de l'Accord du 21 juin 1999 sur la libre circulation des personnes : ouverture de la procédure de consultation

Madame,

Nous avons bien reçu le courrier du 28 août 2013 de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga relatif à l'objet cité en titre et nous vous en remercions. Il a retenu notre plus grande attention et nous avons le plaisir de vous transmettre ci-dessous notre prise de position.

Nous soutenons sans réserve l'extension de l'Accord sur la libre circulation des personnes à la Croatie. Cette extension est une conséquence logique de l'accord conclu avec l'Union européenne en 1999 et entré en vigueur en 2002. L'expérience acquise durant ces dix dernières années nous donne l'assurance que les mesures d'accompagnement existantes permettront de faire face à l'arrivée – par ailleurs probablement limitée – de travailleuses et travailleurs issus de la Croatie.

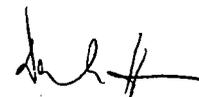
Pour le reste, nous nous permettons de nous référer à la prise de position de la Conférence des gouvernements cantonaux, à laquelle nous souscrivons pleinement.

Nous vous prions de croire, Madame, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :


Anne-Claude Demierre
Présidente




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 13 novembre 2013

Le Conseil d'Etat

8385-2013

Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : Protocole III relatif à l'extension de l'accord du 21 juin 1999 sur la libre circulation des personnes : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par la présente, nous faisons suite à votre courrier du 28 août 2013 concernant la consultation sur l'extension à la Croatie de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP).

Préalablement, notre Conseil tient à réitérer son attachement à la libre circulation des personnes, dont les effets bénéfiques pour la croissance de notre économie sont prouvés. Il nous paraît donc cohérent de continuer dans une voie qui a fait ses preuves en étendant ce dispositif à la Croatie, avec des conditions analogues à celles en vigueur dans le cadre des extensions précédentes de l'Accord.

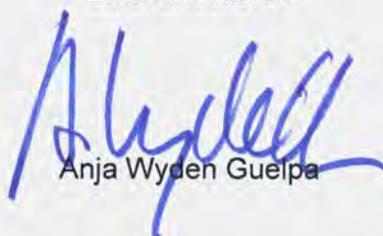
Notre Conseil considère que le résultat des négociations menées avec les partenaires européens, consigné dans le Protocole III à l'ALCP que vous nous soumettez en consultation, est satisfaisant et équilibré. Il partage ainsi votre analyse selon laquelle les objectifs des négociations ont été atteints.

Par ailleurs, comme il l'a déjà rappelé lors de consultations précédentes en matière de libre circulation de personnes, notre Conseil accorde la plus grande importance à l'application pleine et efficace et au renforcement des mesures d'accompagnement, condition essentielle pour garantir le succès de la politique migratoire menée par la Suisse depuis l'entrée en vigueur de l'ALCP.

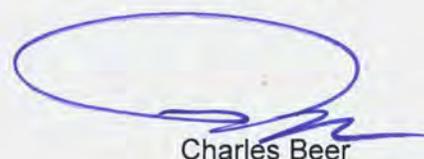
Vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Anja Wyden Guelpa

Le président :


Charles Beer



Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Bundesamt für Migration
Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Glarus, 12. November 2013
Unsere Ref: 2013-4672013-467

Vernehmlassung I. S. Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. August 2013 konsultiert das EJPD den Kanton Glarus zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien. Auftragsgemäss unterbreiten wir Ihnen die Vernehmlassungsantwort.

Die Schweizer Wirtschaft und somit auch die Glarner Wirtschaft profitiert von den unterschiedlichen Möglichkeiten der Personenfreizügigkeit. Gut qualifizierte Arbeitskräfte können dadurch besser und gezielter rekrutiert werden. Wird der Rekrutierungsmarkt grösser, so resultiert daraus auch ein grösseres Potenzial für die Evaluation. Der Regierungsrat des Kantons Glarus begrüsst daher die schrittweise Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien (Protokoll III). Er verweist insbesondere auch auf die differenzierte Stellungnahme der KDK, welche ebenfalls unterstützt wird.

Unter Berücksichtigung der oben erwähnten Erläuterungen, sind speziell folgende Punkte noch zu beachten:

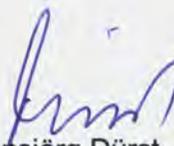
1. Die Übergangsfristen im Protokoll III sollen nicht kürzer als jene in den Protokollen I und II ausgestaltet sein.
2. Mit der vorgeschlagenen Lösung, gleichzeitig für Kurz- und Langzeitaufenthaltsbewilligungen die Schutzklausel anwenden zu können, zielt die Wirkung in eine sinnvolle Richtung. Bis anhin konnte die Klausel mit einem Wechsel von einer B- auf eine L-Bewilligung (oder umgekehrt) umgangen werden.

Wir bedanken uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Antwort.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

versandt am: 14. Nov. 2013

***BFMPE0090748***

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

ODM – Office fédéral des migrations
Madame Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 29 octobre 2013

Protocole III relatif à l'extension de l'accord du 21 juin 1999 sur la libre circulation des personnes – procédure de consultation

Madame,

Par lettre du 28 août dernier, Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga a ouvert une procédure de consultation relative à l'objet cité sous rubrique. Le Gouvernement jurassien en a pris connaissance avec attention et vous transmet sa prise de position.

Dans le cadre de l'accord global conclu avec l'Union européenne, le résultat des négociations permet de tenir compte de l'intérêt de notre pays en matière de contrôle de l'immigration tout en respectant le principe de la libre circulation. De plus, les procédures mises en place sont claires et cohérentes. Dans ce sens, nous soutenons totalement l'extension de l'Accord à la Croatie.

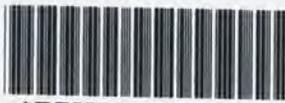
Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous adressons, Madame, nos salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Michel Probst
Président




Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État



BFMPE0090750



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Office fédéral des migrations
Mme Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Consultation concernant le protocole III relatif à l'extension de l'accord du 21 juin 1999 sur la libre circulation des personnes à la Croatie

Madame,

Nous faisons suite au courrier de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga du 28 août 2013 concernant le sujet mentionné en exergue.

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de l'avoir associé à cette consultation et se déclare favorable à l'extension de l'accord sur la libre circulation des personnes à la Croatie. Cette extension apparaît en effet comme une suite logique à l'accord conclu par la Suisse avec l'Union européenne (UE) et ses Etats membres dans ce domaine et aux deux précédentes extensions de cet accord aux nouveaux Etats ayant adhéré à l'UE en 2004 et en 2007. De plus, pour un canton frontalier et industriel comme celui de Neuchâtel, avec une économie clairement orientée vers l'international, l'accord sur la libre circulation des personnes et les autres accords bilatéraux sont essentiels.

Cependant, les mesures d'accompagnement liées à la libre circulation des personnes revêtent une importance toute particulière si l'on entend préserver la confiance de la population neuchâteloise face à l'approche bilatérale empruntée par la Suisse dans sa politique de collaboration avec l'UE. En effet, alors même que notre région souffre d'un taux de chômage nettement supérieur à la moyenne nationale, l'ouverture du marché du travail et le recours accru à la main-d'œuvre frontalière constituent une concurrence très forte pour les demandeurs d'emploi domiciliés dans le canton. De plus, la situation sociale s'est fortement aggravée depuis la révision de la loi sur l'assurance-chômage, tandis que la force du franc continue de plomber le développement des industries d'exportation. Dans ce contexte très tendu, les mesures d'accompagnement actuellement en vigueur semblent largement inopérantes. En raison de leur multitude, de leur caractère technique et de leur degré de complexité élevé, ces mesures sont difficiles à mettre en œuvre de manière efficace. De l'avis des autorités neuchâteloises, des réflexions devraient être menées rapidement en vue de simplifier et rendre les mesures d'accompagnement crédibles et

efficaces. Nous sommes notamment favorables à un renforcement des compétences des commissions tripartites, ainsi qu'à l'introduction de mesures plus facilement applicables, afin d'assurer des contrôles plus stricts et des sanctions réellement dissuasives.

Tout en prenant dès à présent ces mesures visant à renforcer de manière générale le soutien populaire à la libre circulation des personnes, un des enjeux fondamentaux en cas de référendum sera celui de la communication. A ce titre, il faudra tout faire pour éviter que le scrutin ne se transforme en référendum pour ou contre la libre circulation, mais au contraire réussir à orienter la campagne sur la seule question posée, à savoir celle de son extension à la Croatie. Il s'agira notamment de délivrer des informations objectives, claires et transparentes sur les répercussions et les enjeux de l'extension de libre circulation des personnes à la Croatie. La qualité de la communication revêtira une importance primordiale et conditionnera vraisemblablement l'issue de la votation en cas de scrutin populaire.

Nous vous remercions de nous avoir associés à cette procédure de consultation et vous prions de croire, Madame, à l'expression de nos sentiments distingués.

Neuchâtel, le 4 novembre 2013

Au nom du Conseil d'Etat:

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN
UND REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, 6371 Stans, 041 618 79 02, www.nw.ch



BFMPE0090677

CH-6371 Stans, Postfach, STK

A-Post
BFM
z.H. Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern



Stans, 29. Oktober 2013

Ausdehnung des Abkommens mit der EU über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 auf den neuen Mitgliedstaat Kroatien (Protokoll III)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 28. August 2013 hat uns Bundesrätin Sommaruga zur Vernehmlassung zu oben genanntem Geschäft bis am 28. November 2013 eingeladen. Wir danken dafür und nehmen gerne wie folgt Stellung.

Das Verhandlungsergebnis mit der EU betreffend die Ausdehnung des Abkommens mit der EU über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 auf den neuen Mitgliedstaat Kroatien (Protokoll III) findet unsere vorbehaltlose Zustimmung. Insbesondere begrüssen wir die Einführung einer verbesserten Ventilklausel bzw. die Einführung von Kontingenten für Kurzaufenthaltsbewilligungen (L-Bewilligungen).

Im Übrigen verweisen wir auf die gemeinsame Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen KdK, welche unser Kanton anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 ebenfalls unterstützen wird.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Landammann

Yvonne von Deschwanden



Landschreiber

Hugo Murer



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Eidgenössisches Justiz- und Polizeide-
partement
Bundesamt für Migration
Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

per Mail an:

kathrin.gaeumann@bfm.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.1640
Unser Zeichen: sp

Sarnen, 26. November 2013

**Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien:
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 2. September 2013 über das Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien informiert und zur Vernehmlassung bis am 28. November 2013 eingeladen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung.

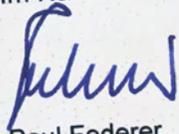
Die Kantone waren von Beginn an in den Prozess eingebunden. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat am 1. Februar 2013 zum Verhandlungsmandat mit Kroatien eine differenzierte Stellungnahme ausgearbeitet. Das Verhandlungsergebnis trägt den vorgebrachten Anliegen teilweise Rechnung. Die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien ist als logische Konsequenz des Abkommens mit der EU zu sehen.

Die Schweiz profitiert von der Personenfreizügigkeit und ist nach wie vor auf gut qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung dürfte der Bedarf an Fachkräften weiter zunehmen. Die schrittweise Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ermöglicht der Schweiz, in den kommenden sieben bis zehn Jahren die Zuwanderung aus Kroatien zu steuern und zu kontrollieren, was wir sehr begrüßen. In diesem Zusammenhang befürworten wir ausdrücklich die festgelegten Übergangsfristen, die Kontingente, welche schrittweise erhöht werden sowie die allfällige Schutzklausel, die nicht mehr mit einem Wechsel einer B- auf eine L-Bewilligung (oder umgekehrt) umgangen werden kann.

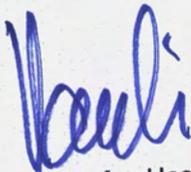
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



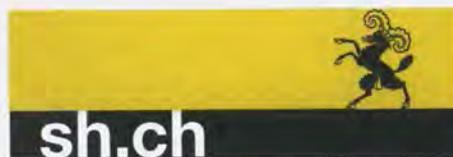
Paul Federer
Landammann



Dr. Stefan Hossli
Landschreiber

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Bundesamt für Migration BFM
z.H. Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Schaffhausen, 19. November 2013

Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Kroatien; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Frau Gäumann
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. August 2013 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, bis zum 28. November 2013 in oben genannter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und teilen Ihnen fristgerecht mit, dass der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen die Ausdehnung des FZA auf Kroatien und die speziell getroffenen Regelungen gemäss dem Protokoll III begrüsst.

Die Ausdehnung des FZA auf Kroatien ist die logische Folge des Abkommens mit der EU. Sie sichert den Fortbestand der Personenfreizügigkeit und den bilateralen Weg, welcher sich bislang weitestgehend bewährt hat. Aufgrund der Grösse von Kroatien und dessen vergleichsweise stabiler Wirtschaft ist nicht davon auszugehen, dass es zu einer markanten Zuwanderung von Kroatinnen und Kroaten kommen wird. Dennoch befürworten wir die ausgehandelten Fristen, Kontingente und Schutzbestimmungen für den politisch hochsensiblen Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Ausdrücklich unterstützen wir sodann, dass der Übergang keinesfalls komplizierter ausgestaltet wird, als dies bereits in den Protokollen I und II der Fall ist.

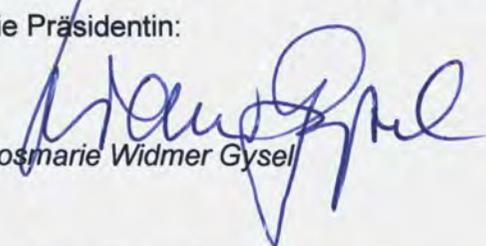
Im Hinblick auf ein allfälliges Referendum bitten wir Sie, die Bevölkerung möglichst kohärent über das vorliegende Protokoll III zu informieren. Zentral erscheint uns eine sachliche, transparente und umfassende Informationspolitik mit einem klaren Konzept des Bundes. Gerne sind wir bereit, Sie bei den Informationsaufgaben zu unterstützen.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

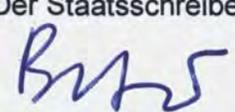


IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Die Präsidentin:


Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger



Bundesamt für Migration
Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

4. November 2013

Vernehmlassung zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien

Sehr geehrte Frau Gäumann

Mit Schreiben vom 3. September 2013 hat uns die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD den Entwurf des Bundesbeschlusses zur Genehmigung und Umsetzung des Protokolls III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien zur Vernehmlassung zugestellt. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

Wir begrüssen die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien. Das ist die logische Konsequenz des Abkommens mit der EU über die Freizügigkeit. Die ausgehandelten Übergangsfristen und Schutzklauseln erlauben es der Schweiz, eine ungebremste Zuwanderung aus Kroatien zu verhindern. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben sich in den letzten Jahren bewährt und wurden kontinuierlich ausgebaut. Sie garantieren dafür, das Lohn- und Sozialdumping effizient bekämpft werden kann. Die Vollzugsorgane der Kantone setzen sich dabei für eine konsequente Umsetzung dieser Massnahmen ein.

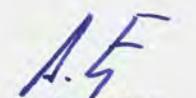
Die Konferenz der Kantonsregierungen reicht zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone ein. Wir schliessen uns vorbehaltlos dieser Stellungnahme an.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

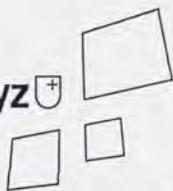
Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Esther Gassler
Frau Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber

Regierungsrat des Kantons Schwyz

kantonschwyz 

6431 Schwyz, Postfach 1260

Bundesamt für Migration
z.H. Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern



Schwyz, 19. November 2013

Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. August 2013 hat die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) den Kantonsregierungen das Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 (FZA) auf Kroatien zur Vernehmlassung bis 28. November 2013 unterbreitet.

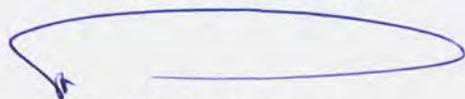
Der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien stimmen wir zu, da es sich dabei um eine logische Konsequenz des Freizügigkeitsabkommens mit der EU handelt. Dieses hat nachgewiesenermassen zu einer bedeutenden Stärkung des Arbeitsplatzes Schweiz geführt. Angesichts der demografischen Entwicklung sowie des Fachkräftemangels kommt den ausländischen Arbeitskräften auch künftig grosse Bedeutung zu.

Da heute bereits über 33 000 kroatische Staatsangehörige in der Schweiz wohnhaft sind, besteht die Gefahr, dass die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens zu einer substanziellen Zuwanderung führen könnte. Diese Entwicklung würde der Regierungsrat überaus kritisch beurteilen. Potenziell negativen Begleiterscheinungen der Personenfreizügigkeit ist mit einer konsequenten Anwendung der flankierenden Massnahmen, der Ventilklausel sowie den damit zusammenhängenden Übergangsfristen zu begegnen.

Wir begrüessen insbesondere die in den Verhandlungen erreichte Verbesserung des Ventilklausel-Mechanismus, womit der bisherige Verlagerungseffekt von B- auf L-Bewilligungen beseitigt werden kann. Die im Rahmen der bisherigen Protokolle liegenden Übergangsfristen sind akzeptabel. Zentral ist dabei, dass die Schweiz innerhalb des gemischten Ausschusses verlangt und darauf beharrt, dass bei drohender Gefahr von Störungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes die nationalen Vorschriften während der siebenjährigen Übergangsfrist aufrechterhalten bleiben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

In Namen des Regierungsrates:



Walter Stählin, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber





Staatskanzlei, Schlossmühlestrasse 9, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 12. November 2013

Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum eingangs erwähnten Protokoll Stellung nehmen zu können.

Die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien ist folgerichtig und unausweichlich und wird deshalb von uns unterstützt.

Wir begrüssen es, dass die Übergangszeit, während welcher die Schweiz die Zuwanderung regulieren kann, im Vergleich zu den bisherigen Erweiterungen verlängert wird. Allerdings betrachten wir es als Nachteil, dass die Steuerung der Zuwanderung mittels Kontingenten lediglich während voraussichtlich fünf Jahren, maximal aber während sieben Jahren erfolgen kann und danach nur noch die Möglichkeit besteht, durch Anrufung der Ventilklausel wieder Kontingente einzuführen. Einerseits hat die Ventilklausel den Ruf, wenig tauglich zu sein. Andererseits wurde ihre Anwendung in der Öffentlichkeit bisher als Hinweis auf eine sehr grosse Zuwanderung gedeutet, was in der Bevölkerung fremdenfeindliche Gefühle und Ängste vor Überfremdung hervorrief. Diese Gefühle und Ängste sind im Hinblick auf die Abstimmung über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien ernst zu nehmen. Der Information und Aufklärung der Bevölkerung im Vorfeld dieser Abstimmung ist daher grösste Beachtung zu schenken.

Da im Rahmen des Protokolls III die Regelung gilt, dass die Ventilklausel bei Erfüllung der quantitativen Voraussetzungen einer Bewilligungskategorie auch auf die andere

2/2

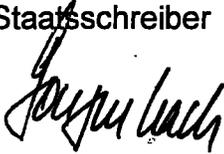
Bewilligungskategorie angewandt wird, wird immerhin der bisher mögliche Umgehungseffekt der Ventilklausel beseitigt. Diese Verbesserung des Ventilklausel-Mechanismus wird von uns sehr begrüsst.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale della migrazione
a.c.a signora Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Berna-Wabern

Consultazione sull'estensione dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone del 21 giugno 1999 alla Croazia, nuovo Stato membro dell'UE (Protocollo III)

Gentili Signore,
egregi Signori,

in riferimento alla vostra comunicazione del 28 agosto 2013, con la presente esprimiamo il nostro parere in merito all'estensione dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone del 21 giugno 1999 alla Croazia, nuovo Stato membro dell'UE (Protocollo III).

La consultazione in esame implica – come avevamo già avuto modo di osservare in occasione della consultazione sul mandato negoziale per estendere l'Accordo sulla libera circolazione delle persone alla Croazia – una riflessione a carattere generale sugli effetti degli Accordi bilaterali.

Ci preme ribadire nella sostanza quanto espresso nella nostra presa di posizione riguardo alle implicazioni negative per il mercato del lavoro delle regioni di frontiera come il Cantone Ticino, il crescente pericolo di dumping salariale che rischia di innescare una perversa spirale verso la sostituzione di manodopera locale con manodopera frontaliera e il conseguente disagio con cui la popolazione ticinese sta vivendo questa nuova realtà (presa di posizione del Consiglio di Stato del 23 gennaio 2013).

A nostro avviso, le modifiche alle misure fiancheggiatrici intraprese sinora sono positive ma non ancora pienamente soddisfacenti. Importante sarà dunque proseguire – sfruttando magari le possibilità offerte dal nostro stato federale – sulla via di un ulteriore

rafforzamento di queste misure allo scopo di minimizzare i rischi e massimizzare le opportunità derivanti dalla libera circolazione delle persone, via nella quale il nostro Cantone assume un ruolo attivo partecipando a gruppi di lavoro a livello federale e formulando proposte di intervento concrete.

Fatta questa premessa di ordine generale, osserviamo che l'estensione dell'Accordo sulla libera circolazione alla Croazia è coerente con la logica degli Accordi bilaterali con l'Unione europea e, nel merito constatiamo che il Protocollo III, rispetto ai Protocolli I e II, denota alcuni miglioramenti.

La durata massima complessiva del periodo transitorio è di 10 anni, come per i Protocolli I e II, e quindi una delle due *conditio sine qua non* che erano state poste al momento della consultazione sul mandato negoziale (periodo transitorio di almeno 7 anni) è addirittura superata.

I cambiamenti principali sono i seguenti (come peraltro evidenziato nel rapporto esplicativo):

- clausola di salvaguardia: se le condizioni quantitative per far scattare la clausola di salvaguardia sono raggiunte per una categoria di permessi di soggiorno (B o L), a quel momento è possibile applicare la clausola ad entrambe le categorie di permessi. Nei protocolli I e II si applicava invece alla singola tipologia di permesso;
- regime transitorio: il regime transitorio ha una durata, di fatto, di 10 anni. Le modifiche apportate al meccanismo della clausola di salvaguardia hanno però consentito di migliorare il contenuto del regime transitorio di 10 anni;
- calcolo del valore soglia (clausola di salvaguardia): durante il sesto ed il settimo anno, per invocare la clausola di salvaguardia (valore soglia) è determinante unicamente l'anno precedente (finora invece era determinante la media degli ultimi tre anni).

Salutiamo positivamente la possibilità, dopo 2 anni dall'estensione dell'ALC alla Croazia di mantenere un contingente anche per i lavoratori provenienti da tale Paese che intendono stabilirsi in Svizzera per esercitare un'attività indipendente, contrariamente a quanto previsto nel Protocollo II.

Infatti, si ricorda che a partire dal 1° giugno 2011 per i lavoratori indipendenti provenienti da Romania e Bulgaria sono decadute le misure a protezione del mercato del lavoro interno (v. ad esempio i contingenti specifici). Una volta venute meno tali restrizioni, diversi cittadini provenienti da questi Paesi si sono improvvisati lavoratori indipendenti e, a tal fine, hanno sollecitato il rilascio di un permesso di soggiorno nel nostro Cantone. Solo a seguito di verifiche approfondite effettuate dai nostri Servizi si è potuto accertare che per una buona parte dei richiedenti le domande erano prive di fondamento oppure, in realtà, l'istante aveva un rapporto di subordinazione con un datore di lavoro in Svizzera. Questo fenomeno si è potuto appurare, in modo particolare, nel settore professionale dell'edilizia e affini (muratori, piastrellisti, ecc.), per le attività di giardinieri, ma anche nei saloni per parrucchieri e nel commercio e vendita di oggettistica di vario genere.

L'occasione è propizia per menzionare i problemi di ordine e sicurezza pubblici e costi assistenziali che non di rado genera la libera circolazione. L'esperienza maturata dall'entrata in vigore il 1° giugno 2002 dell'Accordo sulla libera circolazione ha infatti evidenziato l'inadeguatezza del trattato in parola a frenare questi aspetti collaterali. A tal proposito riteniamo che vada fatto di più affinché alle autorità nazionali vengano dati degli strumenti idonei a verificare la situazione penale delle persone beneficiarie della libera circolazione rispettivamente per limitare il diritto di mobilità all'interno dei Paesi contraenti qualora le circostanze lo dovessero richiedere e che vengano predisposte delle misure in grado di tutelare con maggiore efficacia e in modo concreto la sicurezza e l'ordine pubblici. Il quadro normativo attuale si è rivelato troppo restrittivo per le autorità preposte alla polizia degli stranieri e non permette di sanzionare sufficientemente le persone che presentano comportamenti inappropriati e scarsa volontà di conformarsi all'ordinamento giuridico del Paese ospitante. In particolare facciamo riferimento al rimando alle "Direttive 64/221/CEE, 72/94/CEE e 75/35/CEE" contenuto dall'art. 5 cpv. 2 Allegato I ALC la cui applicazione ha mostrato evidenti limiti nella misura in cui giunge a risultati iniqui e inaccettabili, ritenuto come tali atti esigano un livello di gravità oltremodo elevato e assolutamente sproporzionato affinché un certo atteggiamento di rilevanza penale venga giudicato adeguato a costituire un pericolo per la sicurezza della comunità e l'ordine pubblico. Alla luce di queste considerazioni siamo fermamente convinti che, in termini più generali, nell'ambito dell'intero apparato regolante l'Accordo sulla libera circolazione, vadano trovate nuove soluzioni che pongano rimedio a questi esiti problematici.

In conclusione, ribadiamo che l'estensione dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone deve nuovamente essere l'occasione per affrontare un eventuale ulteriore inasprimento delle misure di accompagnamento, allo scopo di salvaguardare la concorrenza leale tra ditte indigene e ditte estere ed evitare eventuali distorsioni del mercato del lavoro. Soltanto in questo modo una realtà economica di frontiera come quella del Canton Ticino potrà trarre dagli Accordi bilaterali gli stessi benefici che si sono sinora manifestati in altre parti della Svizzera.

Con queste considerazioni, che abbiamo trasmesso anche alla Conferenza dei Governi Cantionali il 6 novembre 2013, vogliate accogliere, gentili Signore, egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



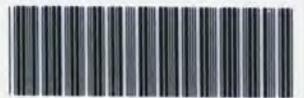
P. Beltraminelli

Il Cancelliere:

G. Gianella

Copia:

alla Divisione dell'economia; alla Deputazione ticinese alle Camere federali; all'Ufficio sorveglianza mercato del lavoro; al Dipartimento delle istituzioni



BFMPE0090715



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Migration
Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) vom 21. Juni 1999 auf Kroatien; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. August 2013 unterbreiten Sie uns das Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien zur Stellungnahme. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Kroatien ist die Fortführung des bisher eingeschlagenen Wegs über die Personenfreizügigkeit mit der EU. Die Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit sind mehrheitlich positiv. Die flankierenden Massnahmen haben sich bisher grundsätzlich bewährt. Sie wurden im Jahr 2013 angepasst und können bei Bedarf weiterhin optimiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist eine schrittweise Ausdehnung auf Kroatien zu begrüessen. Wir stellen fest, dass die Verhandlungsziele des Bunds vollumfänglich erreicht werden konnten. Die Übergangsregelung entspricht mindestens jenen der vorangegangenen Erweiterungsrunden. Bei einzelnen Regelungen wie beispielsweise bei der Ventilklausel konnte gar eine

Verbesserung erzielt werden. Das ist zu begrüßen.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 5. November 2013



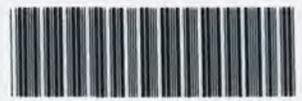
Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Josef Dittli

Roman Balli



Office fédéral des migrations ODM
A l'attention de Mme Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Réf. : PM/15014913

Lausanne, le 20 novembre 2013

Protocole III relatif à l'extension à la Croatie de l'accord du 21 juin 1999 sur la libre circulation des personnes :
Réponse à la procédure de consultation

Madame,

La consultation mentionnée en titre a retenu toute notre attention et notre intérêt, et nous vous remercions de nous avoir consultés.

Nous sommes favorables à l'extension à la Croatie de l'accord sur la libre circulation des personnes, estimant qu'elle est une conséquence logique dudit accord.

Au sein du processus des Bilatérales, l'ALCP joue un rôle central, puisque le rejet du Protocole III par la Suisse permettrait à l'UE de faire valoir une clause « guillotine » et de dénoncer l'ensemble des sept accords initialement conclus en 1999. Tant sur le plan politique que sur le plan économique, l'impact serait désastreux et la pression sur les autorités et l'économie suisses particulièrement difficile à amortir.

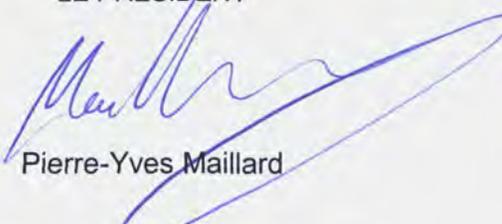
Cela étant, s'agissant des mesures d'accompagnement, nous estimons qu'un renforcement du dispositif serait souhaitable pour augmenter les chances de succès du projet auprès du peuple dans l'hypothèse d'un référendum. Le Conseil d'Etat propose donc au Conseil fédéral d'engager rapidement des négociations en ce sens entre les partenaires sociaux.

En vous remerciant d'avance pour l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame, à l'expression de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER



Pierre-Yves Maillard



Vincent Grandjean

Copies

- Par courriel à Mme Kathrin Gäumann, ODM
- OAE
- SPOP, Chef de service et Secteur juridique



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2013.04564



Département fédéral de justice et police
Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne

Références DEET/SICT

Date

30 OCT. 2013

Extension de l'accord sur la libre circulation des personnes du 21 juin 1999 à la Croatie (Protocole III)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais accuse bonne réception de votre courrier du 28 août dernier relatif à l'objet cité en titre et vous remercie de le consulter à ce sujet.

En préambule, notre Conseil tient à réaffirmer son soutien à l'accord sur la libre circulation des personnes, lequel permet aux entreprises de notre canton de recruter le personnel dont elles ont besoin de manière simplifiée, mais également aux mesures d'accompagnement instaurées en parallèle et qui ont pour objectif de lutter contre une éventuelle sous-enchère salariale.

Concernant les négociations, le Conseil d'Etat valaisan constate avec satisfaction qu'elles ont abouti à des solutions qui ont fait leurs preuves par le passé, à savoir une ouverture progressive du marché du travail couplée à la possibilité d'activer une clause de sauvegarde en cas d'afflux massif de travailleurs croates. Elles permettent également de limiter l'accès des prestataires de services à des secteurs sensibles tels que la construction et l'horticulture.

En outre, le Conseil d'Etat se félicite du fait que la clause de sauvegarde puisse désormais s'appliquer conjointement pour les autorisations de courte durée et de longue durée, ce qui permettra, cas échéant, de l'activer efficacement en évitant le transfert de permis L vers les permis B ou inversement. Cette amélioration du mécanisme de la clause de sauvegarde constitue un argument qu'il sera nécessaire de mettre en avant en cas de referendum sur l'extension de la libre-circulation des personnes à la Croatie.

Le Conseil d'Etat valaisan perçoit également de manière très positive le fait que les ressortissants croates titulaires d'un titre de séjour de courte durée (livret L UE/AELE) ne puissent pas totaliser les périodes de cotisations écoulées dans un autre pays de l'Union européenne pour prétendre à des prestations de chômage en Suisse, et ce durant une période transitoire de sept ans. Cette restriction à l'accès aux indemnités chômage constitue un autre argument à mettre en avant en cas de referendum.



Enfin, la similarité des dispositions prévues avec les protocoles précédents permettra un traitement efficace des demandes d'autorisations de travail par les cantons, lesquels sont désormais rompus à la gestion de ces délais transitoires.

Nous vous remercions de l'attention que vous voudrez bien porter à nos observations et vous présentons, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat

Le Président


Maurice Tornay



Le Chancelier


Philipp Spörri

Copie kathrin.gaeumann@bfm.admin.ch



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

BFM
Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Zug, 12. November 2013 hs

Vernehmlassungsverfahren zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien - Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Gäumann

Mit Schreiben vom 28. August 2013 haben uns das EJPD, das EDA und das WBF um unsere Stellungnahme zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien gebeten.

Wir können Ihnen mitteilen, dass wir die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien unterstützen. Sie ist eine logische Konsequenz des Abkommens der EU über die Freizügigkeit. Wir begrüssen auch das Verhandlungsergebnis, das der Bundesrat erreicht hat.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug


Beat Villiger
Landammann


Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- kathrin.gaeumann@bfm.admin.ch (Word-Dokument)
- Volkswirtschaftsdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Eidg. Parlamentarier des Kantons Zug